Nr. 18. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 11. Januar 1899.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Der zweite deutsche Seemanns-Kongreß

tagt gegenwärtig in Hamburg und ist auf demselben auch Stettin vertreten.

Zum ersten Punkt: Die Lage bezw. die Ausbeutung der Seeleute an Bord und an Land, führt nach den „Hamb. Nachr." der Vorsitzende des Seemannsverbandes A. Störmer als Referent aus, daß nach der Statistik der Seemannsberuf einer der gefahrvollsten ist und trotzdem die Behandlung und Entlohnung der Seeleute diesem gefahrvollen Beruf durchaus nicht entspricht. Was die Kost anbelangt, so ist vor allen Dingen auf die Schädlichkeit des Genusses des vielen Salzfleisches hinzuweisen, wie dies ja erst kürzlich in Hamburg bei einer Seeamtsverhandlung zu Tage getreten ist. Es müsse unbedingt eine Trennung in Bezug auf die Kost zwischen der transatlantischen und europäischen Schifffahrt eingeführt werden. Ferner sei es doch nicht nothwendig, daß bei dem Liegen der Schiffe im Hafen die Kost immer aus der Salztonne gegeben werde. Im Hafen müßte die Kost an jedem Tage erneuert werden und nicht eben immer aus Salzfleisch bestehen. Der Referent kommt dann weiter auf die Arbeitseintheilung an Bord der Schiffe zu sprechen, und verlangt, daß die Notharbeit und die Ueberstunden den Seeleuten vergütet werde, wie dies ja auch bei den anderen Arbeitern geschieht. Der Referent weist dann ferner auf die Seemannsmission hin, die von „sozialdemokratischer Hetze in den Seemannsvereinen" spricht. Dieser Vorwurf sei in jeder Beziehung durchaus ungerechtfertigt, denn von Hetzen der Seeleute könne gar nicht die Rede sein, in der Organisation der Seeleute würden nur Thatsachen, die man beweisen könne, behauptet. Was den Vorwurf „sozialdemokratisch" anbelangt, so wolle Redner nur darauf hinweisen, daß die Seeleute sich an die Vertreter der sozialdemokratischen Partei deshalb wenden, weil nur diese sich um die Klagen der Seeleute kümmern, während die Vertreter anderer Parteien sich nicht mit der Angelegenheit der Seeleute beschäftigen. Der Referent empfiehlt dem Kongreß die folgende Resolution zur Annahme: „Der 2. deutsche Seemanns-Kongreß erklärt: in Anbetracht der offenkundigen Thatsache, daß der Seemannsberuf in der Gefahrenklasse die erste Stelle einnimmt und demgegenüber sein Lohn als ein recht geringer bezeichnet werden muß; daß ferner die für den Seemann heute geltenden Gesetze seine schrankenlose Ausbeutung sowohl an Bord der Schiffe als auch an Land skrupellos gestatten und ihm weit mehr Pflichten auferlegen als Rechte einräumen; in weiterer Hinsicht, daß diese Ausbeutung von einer großen Anzahl von Personen in der rücksichtslosesten Weise unter oft thierischer Behandlung, mit sogar nachfolgender schwerer Bestrafung, auch vielfach thatsächlich ausgeführt wird, ist die Lage der Seeleute, speziell der niederen Chargen, als eine äußerst traurige und miserable zu bezeichnen und verdient daher seitens der Behörden die größtmöglichste Beachtung und Kontrolle. Sache der so schlecht gestellten und anderen Berufen gegenüber weit zurückgesetzten Seeleute ist es aber, auch selber dieser menschenunwürdigen Ausbeutung gegenüber einen Damm entgegenzusetzen und selbst Hand anzulegen an die Verbesserung ihrer so tiefelenden Lage, und da ist es nicht die Seemanns-Mission, die als Heilmittel „Beten und Fügen" verordnet, welche Beachtung verdient, sondern es ist der Seemanns-Verband, der es sich zur Aufgabe gestellt, dem seemännischen Proletarier seine Menschenrechte zu erkämpfen, und dem daher beizutreten und für den unermüdlich zu agitiren, jedes einzelnen Schiffsmanns wahrlich höchste Pflicht ist." — In der Diskussion weist zunächst Pastor Büttner-Bremerhafen darauf hin, daß das Bestreben der Seemannsmission nur durch die Liebe zum Seemannsstande getragen werde. Es gehen der Seemannsmission alljährlich zahlreiche Aufforderungen zur Arbeit aus Seemannskreisen zu, und es könne von einem Eindringen resp. Einmischen durchaus nicht die Rede sein; auch die von der Seemannsmission eingerichteten Seemannsheime fungiren vorzüglich, so z. B. war das Geestemünder im verflossenen Jahre von 800 Personen frequentirt, denen fast sämtlich durch das Heuerbureau innerhalb weniger Tage eine Chance verschafft wurde. Redner bittet schließlich, doch die religiösen Bestrebungen der Seeleute jedem Einzelnen zu überlassen. Es tritt alsdann eine zweistündige Mittagspause ein.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Seemannsordnung, erhält zunächst der Reichstagsabgeordnete Metzger das Wort. Er führte u. A. aus: Seit 1891 versuchte man die Seemannsordnung zu modifiziren, ohne daß man bis jetzt über einen Versuch hinausgekommen sei. Es solle angeblich kein Material, das eine Abänderung der Seemannsordnung bedinge, in genügendem Maße vorhanden sein. Die technische Kommission für Seeschifffahrt und die seemännischen Vereine hätten inzwischen nachgewiesen, daß die Seemannsordnung sehr verbesserungsbedürftig sei. Da sei zunächst der § 4 der Seemannsordnung, auf den man besonders sein Augenmerk richten müsse. Zu diesem Paragraphen müsse besonders ein Zusatz gestellt werden, wonach Konsuln, die Mitinhaber oder auch Agenten der Rhedereien, von der Wahrnehmung der Geschäfte eines Seemannsamtes ausgeschlossen sind. Die besonderen Vereinbarungen, die jetzt in den §§ 37—41, sowie bei Bergelohn, bei den Ueberstunden, bei der Arbeitszeit auf See und dem Wachegehen im Hafen zulässig seien, müssen sämtlich fortfallen und die Musterrolle dürfe nach dieser Richtung hin keine Zusätze enthalten. Der Korreferent Reichstagsabgeordneter Schwarz-Lübeck führte u. a. aus, daß namentlich die Disziplinarbefugniß des Schiffers einer gründlichen Abänderung bedürfe, der § 79 der Seemannsordnung, welcher von einer „Fesselung" und von einer „Schmälerung der Kost" 2c. rede, sei in seiner jetzigen Form nicht mehr als haltbar zu erachten. Das Verhältniß der Besatzung zur Tonnenzahl habe sich sehr zu Ungunsten der ersteren verschoben; der einzelne Schiffsmann müsse heute bedeutend mehr Arbeitskraft hergeben wie früher, trotz aller Maschinen, das beweisen die vielen Ueberstunden, die man früher fast garnicht kannte 2c. — An diese Ausführung knüpfte sich eine längere Debatte, in der von allen Seiten die Nothwendigkeit einer Revision der Seemannsordnung betont wurde. W. Müller-Hamburg weist noch darauf hin, daß die deutschen Seeleute, die auf fremden Schiffen fahren, vollständig rechtlos seien, und bittet um Aenderung bei der Revision. Als Schlußredner führt der Reichstagsabgeordnete Metzger aus, daß die Verbandsleitung des Seemannsverbandes sich mit der sozialdemokratischen Fraktion in Bezug auf die Behandlung der Frage der Revision der Seemannsordnung dahin geeinigt habe, daß, falls eine Novelle zur Seemannsordnung vorgelegt würde, von Seiten der Verbandsleitung gemeinschaftlich mit den betreffenden Reichstagsabgeordneten dieselbe durchberathen und diesbezügliche Anträge gestellt werden. Es wird alsdann die folgende Resolution angenommen: „In Erwägung, daß die in jüngster Zeit zu einer brennenden Frage gewordene Herbeiführung einer größeren Sicherheit im Schifffahrtsverkehr im engsten Zusammenhange mit der Frage einer Revision der durch die Entwickelung der Seeschifffahrt längst überholten Seemannsordnung von 1872 steht, die Reichsregierung aber, trotz wiederholter Versprechungen ihrerseits, es bisher nicht der Mühe werth gehalten hat, die allseitig als nothwendig anerkannte Abänderung dieses veralteten Gesetzes zum endlichen Abschluß zu bringen, beschließt der Kongreß, an die Regierung das Ersuchen zu richten, das Versäumte nachzuholen und dem Reichstage noch während der gegenwärtigen Tagung eine diesbezügliche Vorlage zu unterbreiten." Ferner beschließt der Kongreß: „In Erwägung, daß von sämtlichen im Reichstag vertretenen Parteien einzig und allein die Vertreter der Sozialdemokratie durch ihr Eintreten für die Anerkennung der Menschenwürde und der staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten sowie für den Schutz der Gesundheit und des Lebens der ca. 44 000 auf der deutschen Handelsmarine thätigen Seeleute sich des vollsten Vertrauens derselben würdig erwiesen haben, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu ersuchen, sich auch ferner der Seeleute anzunehmen und die Lösung der beregten Frage während der gegenwärtigen Tagung des Reichstages mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln anzustreben."

Der griechisch-türkische Krieg.

Der mit Spannung erwartete zweite Theil des Berichtes des griechischen Kronprinzen über den Krieg mit der Türkei wird in wenigen Tagen in Athen erscheinen. Der dortige Korrespondent der „Times" ist in der Lage, schon heute Auszüge aus dem Werke mitzutheilen.

Dieser Schlußband des kronprinzlichen Berichtes beginnt mit einer Schilderung der Ereignisse, die in Velestino stattfanden, und erklärt, daß die Besetzung dieser Stadt nothwendig für die Vertheidigung von Volo war. Oberst Smolenskis Brigade verließ Volo am Morgen des 15. April 1897. Um 5 Uhr fand ein Treffen statt zwischen den Vorhuten der griechischen und der türkischen Armee, das zu Gunsten der Griechen ausfiel, die mithin die Besetzung von Velestino sicherten. Am 17. machten die Türken einen saumseligen Angriff, der zurückgeschlagen wurde, während ein entschlossenerer Angriff am folgenden Tage stattfand. Am 23. und 24. d. machte der türkische linke Flügel einen kräftigen Angriff auf die griechischen Linien unter Cynoscephalan, aber der Rest der griechischen Armee nahm keinen Antheil an dem Treffen. Zwei Kompagnien des linken Flügels wichen zurück, und Oberst Smolenski befahl einen allgemeinen Rückzug nach Alengro, wo er am 25. im Stande war, seine ganze Brigade zusammenzuziehen.

Das zweite Kapitel behandelt die Vorgänge in Pharsala und enthält Depeschen des Kronprinzen an das Kriegsministerium, in denen die Gründe für den Rückzug von Larissa angegeben werden. Ferner wird Bericht erstattet über die Ereignisse, die zu dem Wechsel in dem Stabe des Kronprinzen führten. Es erhellt daraus, daß der von der Regierung angeordnete Schritt der Nothwendigkeit entsprang, die öffentliche Stimmung in Athen zu beruhigen. Dann wird die Schlacht von Pharsala eingehend geschildert. 18 000 Griechen unter dem Kronprinzen leisteten den ganzen Tag 50 000 Türken Widerstand. Der Kronprinz erachtete es indeß aus strategischen Gründen, die in seinem Bericht angegeben sind, für nothwendig, die Vertheidigung von Pharsala am 24. April nicht fortzusetzen, und er zog es vor, sich auf Domoko zurückzuziehen. Es gelang ihm, seine Armee während der Nacht zurückzuziehen und Domoko unbehelligt zu erreichen. Hier schien es angezeigt, den Plan des defensiven Rückzugs fortzusetzen, und da er wünschte, seine ganze Armee auf dem Tafellande oberhalb Domokos zu konzentriren, sandte Se. königliche Hoheit an Oberst Smolenskis Brigade den Befehl, von Alengro zu ihm zu stoßen. Oberst Smolenski unterließ es, den Befehl zu befolgen, und aus den zu diesem Punkte zitirten Depeschen geht hervor, daß er im Einklang mit den Weisungen des Ministeriums Ralli handelte, das, sich in diese rein militärische Frage mischend, ein Viertel der Armee unter dem Befehle des Kronprinzen in dem kritischen Augenblicke unthätig ließ.

Der Bericht beschreibt zunächst die Schlacht von Domoko am 5. Mai, in der, wie behauptet wird, die schlechte Handhabung der Truppen des rechten Flügels den erfolgreichen Widerstand des Zentrums und linken Flügels neutralisirte. Der Mißerfolg des rechten Flügels nöthigte den Kronprinzen, seine erste Vertheidigungslinie aufzugeben und sich nach der zweiten Linie in Othrys zurückzuziehen. Der Rückzug wurde in guter Ordnung ausgeführt. Die erste Division besetzte unbeanstandet den Phourka-Paß, durch den die Wagenstraße nach Larissa und Thermopylan läuft. Der Befehlshaber der Artillerie wurde beauftragt, Feldartillerie vor dem Paßeingange auf der Linie, auf welcher die Vertheidigung erfolgen sollte, aufzustellen, aber seinen Instruktionen zuwider marschirte er über den Eingang hinaus. General Makres, der die Truppen an diesem Punkte befehligte, befahl den Truppen, Stellung zu nehmen, aber er unterließ es, die nöthigen Vorposten zu stationiren; die griechische Kavallerie rückte gegen die feindliche Vorhut vor, aber nach kurzer Zeit wich auch sie zurück und betrat den Paß. Folglich drang der Feind unbehelligt vor. Bei dieser Gelegenheit, sagt der Bericht, wie in der Schlacht vor Daleria, verständigte General Makres den Kronprinzen zu spät von dem Erscheinen des Feindes. Die griechische Armee wurde überrumpelt, und die Ueberrumpelung wäre höchst verhängnißvoll gewesen, wenn Oberst Demopulos nicht rasch Abdourachman besetzt und den Feind, der zu feuern begann, während die griechischen Truppen noch mit der Einnahme ihrer Stellung beschäftigt gewesen, angegriffen hätte. Oberst Demopulos' Brigade warf den Feind zurück und behauptete sein Terrain bis zum Einbruch der Nacht, worauf das Feuern eingestellt wurde. Allein während der Nacht — und dies ist ein zum ersten Male enthüllter Punkt — befahl General Makres der Brigade Demopulos, sich nach dem Paßeingange zurückzuziehen und sich dort zu konzentriren. Später indeß ordnete General Makres aus eigenen Stücken einen weiteren Rückzug nach Lamia an, und derselbe begann um 4 Uhr Morgens am 7. Mai. Als der Kronprinz dies bemerkte, befahl er sofort, den Rückzug einzustellen, und sandte Kavallerie vor, um dem Feinde diesen verhängnißvollen Schritt zu verbergen. Gleichwohl setzten die Truppen unter General Makres den Rückzug fort und einige derselben erreichten thatsächlich Lamia. Nur zwei Bataillone blieben als Nachhut der sich zurückziehenden Truppen und griffen den Feind an. Die verfolgenden Türken trieben diese Truppen zurück und machten erst Halt, als sie auf die Streitkräfte des Kronprinzen stießen, der sie in Schach hielt, bis ein Befehl von der Regierung eintraf, die Feindseligkeiten einzustellen und einen Waffenstillstand zu beanspruchen. Um 2 Uhr Nachmittags am 7. Mai hörte das Feuern beiderseits auf.

Der Bericht schließt mit einer Darstellung der Vorfriedens-Unterhandlungen.

Die Vorgänge in Frankreich.

Der Ministerrath nahm Kenntniß von dem Telegramm, in welchem über die Aussage berichtet wird, welche Dreyfus vor dem mit seiner kommissarischen Vernehmung von der Kriminalkammer beauftragten Richter gemacht hat. Dreyfus versichert darin, er habe niemals Lebrun-Renault gegenüber ein Geständniß abgelegt, er habe im Gegentheil stets seine Unschuld betheuert und habe vor der Vornahme des Degradirungsaktes die Absicht kundgegeben, öffentlich zu erklären, daß er nicht schuldig sei, und daß seine Unschuld in zwei oder drei Jahren anerkannt werden würde. Andererseits erklärte es Dreyfus für ebenso unbegründet, daß er dem Vorsteher des Gefängnisses, in welchem er nach seiner Verurtheilung internirt war, Geständnisse gemacht habe. Er habe dort den Besuch Dupatys erhalten, welch' letzterer zu ihm gekommen sei, um ihn zu fragen, ob er nicht gewisse Schriftstücke ausgeliefert habe, um dafür andere zu erhalten. Dreyfus versichert, er habe Dupaty erklärt, daß er kein Schriftstück ausgeliefert habe. Endlich erklärt Dreyfus, daß er kein Geständniß abgelegt habe weder einem Garde republicain noch einem Gendarmen gegenüber. Am Schlusse seiner Vernehmung hat Dreyfus wiederholt, daß er immer überzeugt gewesen sei, seine Unschuld werde innerhalb eines Zeitraumes von zwei oder drei Jahren zu Tage treten.

In der gestrigen Sitzung des Ministerrathes wurde auch der Rath am Kassationshofe Ballot Beaupré zum Senatspräsidenten ernannt an Stelle de Beaurepaires, dessen Demission angenommen worden ist. Der Justizminister Lebret bestätigte offiziell, daß der Präsident des Kassationshofes, Mazeau, den Vorsitz in der Kriminalkammer des Kassationshofes übernehmen werde, sobald diese die gegenwärtig von ihr eingeleitete Untersuchung beendigt haben werde. Mazeau werde selbst den Rath bezeichnen, der mit der Berichterstattung bei der Verhandlung über die eigentliche Revision des Dreyfusprozesses beauftragt werden soll.

Wie ein Hintertreppenroman lesen sich die angeblichen Enthüllungen des nunmehr in das Feldlager der Neu-Boulangisten übergetretenen Quesnay de Beaurepaire. Dieser hat sich unter den Pseudonymen Jules de Glouvet und Lucie Herpin bereits mehrfach als — Romanschriftsteller versucht, ohne je den Sensationserfolg zu erzielen, den ihm seine Phantasien nunmehr bei Rochefort und Genossen bereitet haben. Da Quesnay in seinem Zorne über den Rath Bard, den ersten Präsidenten Mazeau und den Justizminister Lebret Worte fallen ließ, als ob er schreckliche Dinge über seine bisherigen Kollegen zu erzählen hätte, nehmen nun die Antirevisionisten das bekannte Wort Zolas von der Wahrheit, „die im Vormarsche begriffen ist", für ihre Rechnung auf und kündigen mit Millevoye pathetisch an, „das volle Licht werde nunmehr auf die Gesichter aller Bestochenen und Verräther, auf Lug und Trug des Frankfurter Syndikats, auf alle Fallstricke fallen, die dem Heere und dem Vaterlande gelegt worden sind". Quesnay de Beaurepaire hat einen Mitarbeiter des „Temps" empfangen und auf dessen Fragen geantwortet, er habe allerdings die Absicht, die „vollständigsten Auskünfte" über die Affaire zu ertheilen. Als ehemaliger Soldat habe er bisher die Offiziere geliebt; jetzt bewundere er sie. Die öffentliche Meinung, sagt er, muß aufgeklärt werden. Er will den Text seiner Aussage vor dem ersten Präsidenten Mazeau, sowie seiner ergänzenden Erklärung über den Präsidenten der Strafkammer Loew veröffentlichen. Auch seine Antwort auf die offiziöse Note vom 6. Januar, durch die der Zwischenfall Bard offiziös erledigt wurde, wird man lesen können. Quesnay entließ den Journalisten mit einigen Worten des Bedauerns darüber, daß er das hohe Amt, das ihm anvertraut war, niederlegen mußte. Dennoch könne dieser Schritt, fügte er hinzu, kein Opfer genannt werden, da er es sich zur Ehre anrechne, sich für sein Land schlagen zu dürfen. Ohne Zaudern werfe er sich „mit seinem ganzen Körper mitten auf den Weg, um womöglich den Durchpaß des Feindes zu verhindern". Mehr kann man doch unmöglich verlangen.

Der „Temps" legt in einem Leitartikel die Inhaltslosigkeit der sogenannten Enthüllungen Quesnay de Beaurepaires dar. Beaurepaire habe nicht einen einzigen thatsächlichen Vorwurf gegen den Kassationshof vorgebracht. Die „Liberté" erklärt es für nöthig, daß zur Klärung der Situation Beaurepaire vor den obersten Magistraturrath geladen werde.

In den Wandelgängen des Justizpalastes herrschte allgemein die Ansicht, daß die Gründe, welche Beaurepaire für seinen Rücktritt von dem Vorsitze der Kriminalkammer angeführt habe, nicht stichhaltig zu sein scheinen.

Der Kassationshof setzte gestern die Enquete über die Revision des Dreyfusprozesses bei verschlossenen Thüren fort.

Der Deputirte Guieyesse hat seine Entlassung als Mitglied der Vereinigung der Lokomotivführer gegeben, weil der Präsident dieser Vereinigung offiziell seinen Beitritt zu der Liga „La patrie française" erklärte.

Ein Großindustrieller Nordfrankreichs hat, wie versichert wird, dem Prätendenten Herzog Philipp von Orleans zum Neujahrsgeschenk eine Million geschickt, auf daß er sie für die Rettung Frankreichs verwende. So sollte nichts mehr den Herzog von Orleans am Landen verhindern, bemerkt dazu der „Cri de Paris"; aber Jemand, der die Orleans gut kennt, weil er in ihrem Dienste gestanden, versichert, die Million sei für den Prätendenten ein neuer Grund, sich nicht zu rühren. Das Geld hat übrigens den Orleans niemals gefehlt, wohl aber die Lust, es auszugeben. Das Gegentheil ist im Hause Bonaparte der Fall. Die Prinzessin Mathilde, Tante des Prätendenten, sucht in England die nöthigen Fonds für einen Streich; aber die Kaiserin Eugenie, die nicht gern auf ihre Reisen nach Frankreich verzichten würde, hat schon mit der Entziehung der Pension von 80 000 Franks jährlich gedroht, falls Prinz Viktor sie kompromittiren sollte, und dieser, der die Behaglichkeit liebt, verhält sich ruhig.

Aus dem Reiche.

Die Feier des Jubiläums des Kaisers Franz Josef von Oesterreich als Chef des **Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2** hat am Dienstag ihren offiziellen Anfang genommen. Die Kaserne des Regiments in der Blücherstraße war auf das prächtigste geschmückt. Zum Begrüßungsabend in der Bockbrauerei waren zahlreiche ehemalige Offiziere des Regiments erschienen. Von Offizieren, welche vor 50 Jahren im Regiment gestanden, leben noch drei: Oberst a. D. von Bentivegni, Oberst a. D. von Ziegler (der frühere Platzmajor in Berlin) und Oberstlieutenant von Trützschler, von denen Oberst von Ziegler jedoch durch Krankheit an der Theilnahme verhindert war. Der älteste Offizier, der am längsten, jetzt 33 Jahre, dem Regiment aktiv angehört, ist Major von Schenck, Kommandeur des 1. Bataillons. Oberst von Schwartzkoppen mit seinen Offizieren empfing die alten Regimentskameraden und Gäste mit ihren Damen auf das liebenswürdigste. Um 7 Uhr nahm die Festvorstellung ihren Anfang mit dem vom Musikkorps des Regiments vorgetragenen Kaiser-Marsch von R. Wagner. Gegen den Schluß desselben theilte sich der Vorhang der Bühne, von welcher herab der Sängerchor des Regiments die Hymne auf den Kaiser, von der Musik begleitet, sang. Nach einer auf mittelalterlichen Trompeten geblasenen Fanfare trat ein Herold hervor und sprach den vom Premierlieutenant von Krause verfaßten Prolog. Hierauf folgte ein patriotisches Festspiel: „50 Jahre" von Karl Allegri, dem sich Darstellung lebender Bilder und eine Reihe weiterer Festlichkeiten anschlossen. — Die **sozialdemokratischen Parteisteuern** beliefen sich im Monat Dezember v. J. auf rund 8700 Mark. Davon hat Berlin allein fast die Hälfte eingebracht. Die mysteriöse Chiffre X. Y. Z. figurirt wieder mit 2000 Mk. — In Weimar wird sich ein Ausschuß zur Errichtung eines **Bismarck-Denkmals auf dem Ettersberg** bilden, nachdem der „Thüringerwald-Verein" die Unterstützung dieser Idee mit einem schon für einen Aussichtsthurm am Ettersberg gesammelten Fonds zugesagt hat. Eine Sitzung des Ausschusses soll in den nächsten Tagen stattfinden. — Wie aus Würtemberg gemeldet wird, beantragt die Kommission der Kammer der Standesherren, auf das **Ortsvorstehergesetz** mit Abschaffung der Lebenslänglichkeit unter den obwaltenden Umständen nicht einzugehen.

Deutschland.

Berlin, 11. Januar. Die englische Meldung, daß Deutschland beabsichtige, die Tongainseln zu annektiren, ist mit berechtigtem Zweifel aufgenommen worden. Wie wir von unterrichteter Seite hören, liegt der Meldung nur die Thatsache zu Grunde, daß der deutsche Generalkonsul in Apia, zu dessen Jurisdiktionsbezirk die Tonga-Inseln gehören, eine schon seit einem Jahre geplante Inspektionsreise nach den Inseln jetzt ausgeführt hat, bei der er die Erfüllung von Verpflichtungen der Eingeborenen gegen die deutsche Handelsgesellschaft durchzusetzen versucht hat.

— Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Generalmajor Liebert, theilte in einer Versammlung der Abtheilung Berlin der deutschen Kolonialgesellschaft mit, daß der Bau einer Eisenbahn über Kilossa nach dem Nyassa-See und dann weiter bis an den Südpunkt des Tanganyika-Sees durch die Unterstützung einiger deutscher Finanzleute gesichert sei.

— Die „Allgemeine israelitische Wochenschrift" erklärt sich zwar grundsätzlich gegen jede Ausweisungsmaßregel, bemerkt aber zu dem Vorgehen des Herrn Jacobi (und Blell) Folgendes: „Dem Auslande gegenüber giebt es zwischen uns und unserer Regierung keinen Unterschied; dort können wir ohne unsere Regierung keine Bundesgenossen haben oder suchen. Wer anders handelt, handelt unjüdisch, der handelt widerjüdisch."

— Der preußische Staatshaushaltsetat-Entwurf für 1899 ist fertig gestellt und wird in der üblichen Form durch den Finanzminister in einer besonders dazu anberaumten Sitzung dem Abgeordnetenhause vorgelegt werden. Ob auch einer oder der andere der großen für diese Tagung in Aussicht genommenen Gesetzentwürfe, die auch in der Thronrede zur Ankündigung gelangen werden, mit dem Etat zugleich wird dem Landtage zugehen können, steht noch dahin. Indessen sind diese Entwürfe durchweg so gefördert, daß sie jedenfalls binnen Kurzem dem Landtage werden unterbreitet werden können.

— Zur „Richtigstellung" der Mittheilungen über die Aeußerungen des Kaisers in Bethlehem an die dort versammelte evangelische Geistlichkeit schreibt Propst Hoppe in Jerusalem der „Kreuzztg." Folgendes: „Die Ansprache des deutschen Kaisers an die evangelischen Geistlichen nach dem Gottesdienste in Bethlehem am Sonntag, den 30. Oktober, ist theils von Zeitungen falsch wiedergegeben, theils, wie ich aus Zuschriften ersehe, falsch verstanden worden. Des Kaisers Aeußerung lautete nicht dahin, daß derselbe sich, was den Betrieb der christlichen Liebesthätigkeit betreffe, enttäuscht sähe. Von Liebesthätigkeit sprach der Kaiser in dem Zusammenhange überhaupt nicht, auch nicht von evangelischer Liebesthätigkeit, noch viel weniger kam ein Gefühl der Enttäuschung nach dieser Richtung hin zum Ausdruck. Jenes Urtheil betraf lediglich das orientalische Christenthum in seiner gegenwärtigen traurigen Entartung und besonders die Grabeskirche, die er am Tage zuvor sogleich nach seinem Einzuge besucht hatte. Die evangelische Kirche und ihre Liebesanstalten wollte der Kaiser erst kennen lernen. Sogleich den ersten Eindruck in Bethlehem bezeichnete der hohe Herr als „erhebend" und äußerte sich später, ebenso wie die Kaiserin, bei den Besuchen unserer Anstalten in der gnädigsten Weise über dieselben. In dem warmen Appell an die evangelische Christenheit, in der muhamedanischen Welt den Namen des Christenthums wieder zu Ehren zu bringen, kann daher nur ein ehrendes Zeugniß des Vertrauens zu ihrer und ihrer Arbeiter Tüchtigkeit gefunden werden, nicht ein abfälliges Urtheil über das, was sie bisher geleistet oder nicht geleistet habe."

— Der Herausgeber der „Deutsch-evangelischen Blätter" beginnt den neuen Jahrgang seiner Zeitschrift unter der Ueberschrift „Zur Jahreswende" mit einem Artikel, in welchem über die gegenwärtige Lage des deutschen Reiches ein Pessimismus zum Ausdruck kommt, der nur dazu dienen kann, der Reichsverdrossenheit Vorschub zu leisten, und zwar in solchen Kreisen, die sich bisher die Freude an Kaiser und Reich nicht haben verkümmern lassen. Es ist doch eine starke Uebertreibung, die nicht unwidersprochen bleiben darf, wenn D. Beyschlag das furchtbare Wort: „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung", das in den Anfangszeiten dieses Jahrhunderts durch die Herzen der Vaterlandsfreunde ging, vom ethisch-politischen Standpunkte auch auf die Gegenwart anwenden zu müssen glaubt; „denn", so schreibt er wörtlich, „dies starke, stolze, blühende Deutschland beugt sich nicht minder wie das arme, ohnmächtige, zerrissene der Rheinbundeszeiten vor einer schmachvollen Fremdherrschaft, vor den Füßen eines auswärtigen Welteroberers —, nur daß derselbe nicht französischer Kaiser heißt, sondern römischer Papst". Wir beklagen gewiß mit D. Beyschlag einen Zustand im deutschen Reiche, bei dem das Zentrum zur ausschlaggebenden Macht im Reichstage geworden und das Loosungswort „Katholisch ist Trumpf" mit einer immer unerträglicheren Anmaßung sich geltend machen darf. Aber bei alledem ist es doch eine nicht minder starke Uebertreibung, wenn D. Beyschlag sich dazu versteigt, den Papst als den Mitregenten und zwar „den übermächtigen Ausschlaggebenden" des deutschen Kaisers zu bezeichnen, wenn er in der Gegenwart die Tage Gregors 7. und Heinrichs 4. wiedergekehrt sieht, „und daß das Kaiserthum heute keinen Widerstand leiste". Wir meinen, daß schon die fest entschlossene Haltung, mit welcher der Kaiser und die deutsche Reichsregierung den von Frankreich erhobenen und vom Vatikan unterstützten Anspruch auf das Schutzrecht über die deutschen Katholiken im heiligen Lande zurückgewiesen haben, den Herausgeber der „Deutsch-evangelischen Blätter" hätte überzeugen können, wie weit der Kaiser und seine Regierung davon entfernt sind, den Papst „als Mitregenten" des deutschen Kaisers anzuerkennen. Solche Worte sind unseres Erachtens dazu geeignet, den Uebermuth des Zentrums und des in ihm vertretenen Ultramontanismus nur noch zu steigern. Insbesondere aber muß gegen die Betrachtungen Widerspruch erhoben werden, welche D. Beyschlag in seinem Artikel: „Zur Jahreswende" an die Thatsache knüpft, daß der Kaiser das sog. Dormitorium zu Jerusalem den deutschen Katholiken übergeben hat. Gewiß hat D. Beyschlag darin Recht, daß kein geschichtlich gebildeter Mensch diese Stätte für den sicher beglaubigten Sterbeort der Maria hält, und auch darin mag er Recht behalten, daß an dieser Stätte ein neues Heiligthum des Marienkultus entstehen wird. Kaiser und Reichsregierung können es aber nicht ändern, daß Manches, was nach protestantischen Grundsätzen abgelehnt werden muß, wie Marienkultus und Heiligenverehrung, von einem großen Theile der deutschen Bevölkerung als ein Bestandtheil ihres religiösen Lebens angesehen wird, und es gehört zum Wesen der Parität, daß auch das Recht der religiösen Anschauung Anderer geachtet wird. Weit entfernt, in jener Schenkung eine Verleugnung der ewigen Grundwahrheiten des Christenthums zu sehen, zu denen der Kaiser sich bekannt hat, ist sie unseres Erachtens nichts Anderes gewesen, als ein Beweis königlicher Huld, durch welche der Kaiser seinen katholischen Unterthanen hat zeigen wollen, daß ihm auch die Förderung ihrer religiösen Interessen am Herzen liegt. Und dieser Unbefangenheit des Kaisers, der über Protestanten und Katholiken herrscht, können wir uns nur freuen. Wir glauben nicht, daß durch solche Kundgebungen eines übertreibenden Pessimismus die Gefahren, mit denen der Ultramontanismus unser deutsch-nationales Leben bedroht, wirksam abgewendet werden.

— Nach einer der „Wiener Polit. Korresp." aus Rom zugehenden Meldung hat der in der „Revue des deux Mondes" veröffentlichte Artikel des gewesenen französischen Botschafters beim Quirinal, Herrn Billot, über das italienisch-französische Handelsübereinkommen ebenso wie in der öffentlichen Meinung Italiens auch in den amtlichen Kreisen Roms unangenehmes Befremden hervorgerufen. Man könne es schwer begreifen, daß eine Persönlichkeit, die vor verhältnißmäßig sehr kurzer Zeit noch die Stellung eines Vertreters der Republik am römischen Hofe bekleidete, bezüglich einer Konvention, die die Genehmigung der dazu berufenen gesetzgebenden Körperschaften noch nicht erhalten hat, mit Kundgebungen hervortritt, die lebhafte Empfindlichkeiten wecken und die öffentliche Meinung in verschiedener Richtung ungünstig beeinflussen könnten. Man verurtheile in der italienischen Hauptstadt allgemein aufs schärfste die Auffassung des Herrn Billot, wonach die Konvention darauf abzielen würde, Italien unabhängig von seinem Dreibundsverhältniß zu machen oder wenigstens im Königreich eine Strömung herbeizuführen, durch die im Falle eines europäischen Konflikts Aktionen Italiens im Sinne seiner bisherigen auswärtigen

Politik paralysirt werden würden. Es werde betont, daß der genannte Diplomat in diesen Ansichten eine ebensolche Unkenntniß der Zustände und Stimmungen in Italien verrathe, wie er sie als Botschafter in Rom bewies, indem er den finanziellen Zusammenbruch Italiens fast jeden Tag als eine Unvermeidlichkeit ansah. Es liege überhaupt eine ungewöhnliche Naivetät in der Annahme, daß ein Staat, der eine zehnjährige wirthschaftliche Krise behufs Sicherung seiner ökonomischen Unabhängigkeit überwunden hat, diese und überdies in gewissem Maße auch seine politische Selbstständigkeit für die beschränkten Vortheile eines von beiden Seiten leicht widerruflichen Vertrages preisgeben würde.

— Die Handels- und Gewerbekammer Plauen hat sich in ihrer Sitzung von 14. Dezember 1898 mit der Tendenz des von der Handelskammer Frankfurt a. O. an den Reichstag gerichteten bekannten Antrags, wonach sämtlichen Reichsbankstellen oder doch wenigstens denjenigen, die in Städten von über 50 000 Einwohnern ihren Sitz haben, die Verpflichtung zur Annahme der Noten der privilegirten Privatnotenbanken zum vollen Nennwerthe obliegen soll, einverstanden erklärt; sie war aber der Ansicht, daß das hiermit angestrebte Ziel, das Publikum vor Weiterungen, die sich aus der behinderten Zirkulationsfähigkeit der Noten der Privatbanken häufig ergeben, erst erreicht wird, wenn auch den Kassen der Reichspost sowie der Landespostanstalten und der Staatseisenbahnen die Verpflichtung zur Annahme der Noten zum vollen Nennwerthe auferlegt wird. Die Kammer erachtete es als Pflicht der Reichsregierung, darauf zu sehen, daß die Noten derjenigen Privatbanken, die den im Bankgesetze gestellten Bedingungen entsprechen, in ihrer Zirkulation nicht durch Maßregeln der Verwaltung im Reich und in den einzelnen Staaten zum Schaden des Verkehrs gehindert werden, und hat deshalb die königlich sächsische Staatsregierung gebeten, durch ihren Vertreter im Bundesrath auf die Annahme eines entsprechenden von ihr an den Bundesrath gerichteten Antrages hinzuwirken.

— In den deutschen Münzstätten sind im Monat Dezember an Reichsmünzen für 17 074 800 Mark Doppelkronen und zwar sämtlich auf Privatrechnung, für 2 269 845 M. silberne Fünfmarkstücke, für 373 688 M. Zweimarkstücke und für 58 136,40 M. Zehnpfennigstücke geprägt worden. Ende 1898 waren an Reichsmünzen im Umlauf für 3 384,7 Millionen Mark Goldmünzen und zwar 2 781,6 Millionen Doppelkronen, 597,1 Millionen Kronen, 5,9 Millionen halbe Kronen. Von den letzteren sind insgesammt für 27,9 Millionen Mark geprägt, jedoch wurden für 22,0 Millionen wieder eingezogen, so daß ihr völliges Verschwinden aus dem Verkehr in absehbarer Zeit erfolgen dürfte. An Silbermünzen sind für 501,6 Millionen im Umlauf, wovon für 102,8 Millionen Fünfmarkstücke, für 122,7 Millionen Zweimarkstücke, für 189,9 Millionen Einmarkstücke, 71,5 Millionen Fünfzig- und 14,7 Millionen Zwanzigpfennigstücke sind. An Nickelmünzen waren für 58,5 und an Kupfermünzen für 14 Millionen Mark in Umlauf.

Hannover, 10. Januar. Der Bau des Hafens in Kiautschou ist der Firma O. Vering übertragen worden.

Hamburg, 10. Januar. Ueber die Unruhen in Bolivia geht dem „Hamb. Korresp." von dem hiesigen bolivianischen Konsulat folgende Mittheilung zu: Mit Bezugnahme auf die vor Kurzem vom „Reuter'schen Bureau" gebrachte Meldung, nach welcher in Bolivia eine Revolution ausgebrochen sei, welche den Präsidenten veranlaßt habe, mit 2500 Mann auf La Paz zu marschiren, berichtet die bolivianische Gesandtschaft in Paris, daß diese Unruhen völlig beigelegt seien und heute in Bolivia vollständige Ruhe herrsche. Die Unruhen hätten ihren Grund darin gehabt, daß man den Versuch machte, den bisherigen Zustand, den Sitz der Regierung zwischen den Hauptstädten der Republik wechseln zu lassen, dadurch aufzuheben, daß man als ständigen Sitz der Regierung Sucre gesetzlich bestimme. Dem Bericht wird hinzugefügt, daß die Handelsbeziehungen durch die Unruhen in keiner Weise berührt worden seien und daß die Erregung nunmehr beseitigt sei.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. Januar. Die ungarische Krise geht ihrer Lösung entgegen. Bezüglich des Ausgleichs will die Opposition die wirthschaftliche Gemeinschaft beibehalten unter blos prinzipieller Wahrung des selbstständigen Zollgebietes. Als Gegenleistung wird ein Gesetz über die Wahlprüfungen durch die Gerichte verlangt. Die Demission Banffys wird als selbstverständliche Forderung betrachtet und erfüllt.

Frankreich.

Das Steuerjahr 1898 war für die französischen Finanzen ein ungemein günstiges. Trotz der schlechten Zeitläufte überstieg das Erträgniß der indirekten Steuern die Voranschläge um beinahe 134 Millionen und das Erträgniß von 1897 um 122¼ Millionen. Das Weinjahr blieb hingegen ungeachtet der Neuanpflanzung der Weinberge um 17 582 Hektar hinter dem Durchschnittserträgnisse der letzten zehn Jahre, 1888 bis 1897, um 995 000 Hektoliter zurück. Die Gesamternte wird auf 32 282 359 Hektoliter geschätzt. Der Alkoholgehalt von 28 494 000 Hektolitern betrug unter 11 Grad, von 2 703 000 Hektolitern 11 Grad und von 1 086 008 Hektolitern darüber. Die Departements, welche wie gewöhnlich am meisten Wein produzirten, sind Hérault und Aude; doch wird für das erstere ein Einbuße von 40 Prozent und für das andere von 25 Prozent gegen das Vorjahr konstatirt. In der Gironde hingegen ergab sich ein Mehrerträgniß von 50 Prozent gegen 1897. Hierbei kommt nur die Quantität, nicht die Qualität in Betracht. Die Weinproduktion des Herault lieferte 6 745 000 Hektoliter im Herbst 1898 statt der 10 097 796 Hektoliter im Vorjahr, die der Aude 3 056 186 Hektoliter, der Gironde 2 355 645 Hektoliter, des Gard 1 498 598 Hektoliter, des Puy de Dome 1 140 027 Hektoliter, der Ostpyrenäen 1 100 370 Hektoliter u. s. w. Während der ersten zehn Monate des verflossenen Jahres wurden an fremden Weinen in Frankreich 6 655 412 Hektoliter eingeführt. Davon entfielen 4 042 881 Hektoliter auf Spanien; der Rest vertheilte sich auf Italien, Portugal, Algerien und Tunesien.

Paris, 10. Januar. Deputirtenkammer. Der Alterspräsident Boysset eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache, in welcher er Alle auffordert, den gegenwärtigen schmerzlichen und gefährlichen Spaltungen ein Ende zu machen und wieder ruhig zu werden im Vertrauen auf die tapfere Armee. (Beifall.) Bei der hierauf vorgenommenen Wahl eines Präsidenten wurde Deschanel mit 323 Stimmen gewählt, Brisson erhielt 187 Stimmen. Die bisherigen Vize-Präsidenten Aynard, Firmin Faure, Cochery und Mesureur wurden wiedergewählt. Die Kammer beendete sodann die Wahl des Bureaus und vertagte sich auf Donnerstag.

Senat. Wallon, der Alterspräsident, hält eine Rede, in welcher er ausführt, das gegenwärtige Mißbehagen sei nicht der Verfassung zuzuschreiben, der Augenblick wäre schlecht gewählt, um eine Konstituante zu berufen. Die Wahl des Bureaus wird auf Donnerstag festgesetzt.

Italien.

Rom, 10. Januar. Die „Agenzia Stefani" veröffentlicht heute folgende Note: Das kürzlich von einigen Zeitungen veröffentlichte angeblich vom Ministerresidenten Cicero di Cola herrührende Telegramm, nach welchem Cicero di Cola den guten Glauben Meneliks bezweifle, beruht auf reiner Erfindung. Ebenso ist die Nachricht erfunden, daß irgend ein Befehl gegeben worden sei, Verstärkungstruppen nach Afrika zu senden. Es empfiehlt sich, die öffentliche Meinung vor den Verbreitern falscher Nachrichten zu warnen. Alle aus sicherster Quelle kommenden Nachrichten sind dazu angethan, das Land über die Lage der Dinge in der Erythräa völlig zu beruhigen.

Spanien und Portugal.

Madrid, 10. Januar. Der Ministerpräsident Sagasta begab sich heute nach dem Palais und hatte dort bei der Königin-Regentin eine einstündige Audienz. Auf die Anfrage eines Berichterstatters erklärte Sagasta, daß von einer Kabinetskrisis keine Rede sei. Er habe keinen Grund, die Vertrauensfrage zu stellen und glaube, daß er vor den Kortes erscheinen werde.

Rußland.

Petersburg, 10. Januar. Nach einer Aeußerung Murawiews erfolge der Zusammentritt der Friedenskonferenz Ende März.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 11. Januar. Der Vorstand des Prüfungsausschusses für den Großschifffahrtsweg Berlin-Stettin wird am 16. d. M. wieder zusammentreten. Der Reichstagsabgeordnete, Mitglied des Herrenhauses Dr. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode wird den Vorsitz führen. In dieser Sitzung soll Bericht über die bisherige Thätigkeit des Ausschusses erstattet werden. Uebrigens wird von unterrichteter Seite nochmals versichert, daß der Kaiser in der dem Vorstande vor Weihnachten gewährten Audienz sich für die Ostlinie ausgesprochen habe.

— Die kaiserl. Ober-Postdirektion weist besonders die Fernsprechtheilnehmer, deren Einrichtungen stark benutzt werden, darauf hin, daß zwar sämtliche Fernsprechapparate mit äußerst empfindlichen Blitzschutzvorrichtungen versehen sind, welche etwaige Entladungen atmosphärischer Elektrizität sicher auffangen und ableiten, daß aber trotzdem empfohlen wird, bei nahen und schweren Gewittern die Fernsprechapparate und Leitungen nicht zu berühren.

— Aus der im Oktober v. J. abgehaltenen Zusammenkunft der Vertreter der beim Bau des Kyffhäuser-Denkmals betheiligten Kriegerverbände beginnt jetzt Einiges an die Oeffentlichkeit zu dringen. Das finanzielle Bild der gesamten Sache war darnach keineswegs erfreulich, da noch immer rund eine halbe Million Schulden vorhanden ist und die Beiträge sehr flau fließen. So waren von den 11 579 Vereinen des deutschen Kriegerbundes bis zum letzten gedruckten Abschlusse erst 2137 der Aufgabe gerecht geworden, je 1 Mark auf den Kopf ihres Mitgliederstandes vom 1. April 1896 zur Denkmalskasse zu zahlen. 8413 Vereine hatten weniger gezahlt, und zwar zum Theil bis hinab zu 10—20 Pf. auf den Kopf, und von nicht weniger denn 1029 Vereinen war überhaupt noch kein Pfennig eingegangen. Deshalb wurde mit Recht hervorgehoben, es sei schwer verständlich, daß es einer Gemeinschaft von fast 2 Millionen alter Krieger bisher noch immer nicht möglich gewesen sei, die Denkmalskosten aufzubringen, obwohl von dem Einzelnen nur ein kleines Opfer erfordert werde, das, auf mehrere Jahre vertheilt, nach wenigen Pfennigen zähle. Man beschloß, das Denkmal möglichst schnell schuldenfrei zu machen und zu diesem Zwecke die Landesverbände zu ersuchen, vom Jahre 1900 ab in jedem Jahre bis zur Schuldentilgung auf den Kopf ihres Mitgliedstandes 2 Pf. aufzubringen. Der angeführte Beschluß des Deutschen Kriegerbundes betreffend Aufbringung von 1 Mark auf den Kopf soll von diesem neuerlichen Beschlusse unberührt bleiben.

— Der Unterricht an den Kapitulantenschulen wird auch in diesem Winter bei sämtlichen Truppentheilen Pommerns nach dem Einigungssystem „Stolze-Schrey" ertheilt. Das System wird ferner gelehrt im Verein junger Kaufleute zu Stettin, an der Handels- und Gewerbeschule für Frauen und Töchter in Stettin und an der Handelsschule in Stralsund. Den Mitgliedern des Pommerschen Stenographen-Bundes wird seit dem 1. Januar d. J. die „Stenographische Monatsschau" mit der „Stenographischen Lesehalle" und dem „Vereinsboten" als Beilagen gratis geliefert. Anhänger des Einigungssystems „Stolze-Schrey" können gegen einen jährlichen Beitrag von 3 Mark als einzelstehende Mitglieder in den Bund aufgenommen werden. Anmeldungen sind an den Bundesschriftführer Herr Paul Plewe in Stettin, Burscherstr. 50, zu richten, durch den auch zum Selbstunterricht vorzüglich geeignete Lehrbücher gegen Einsendung von 85 Pf. bezogen werden können.

— Bei dem 2. Abonnements-Konzert des Waldemar Meyer-Quartetts, welches Freitag Abend im Konzerthause stattfindet, wirkt Frl. Elisabeth Jeppe mit und erhält dasselbe dadurch einen besonderen Reiz. Bei dem großen Erfolge, welchen das erste Konzert hatte, dürfte ein zahlreicher Besuch des Freitag-Konzertes sicher sein.

* Auf dem heutigen Wochenmarkte wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,50, Filet 2,00, Vorderfleisch 1,20 Mark; Schweinefleisch: Karbonade 1,80, Schinken 1,50, Bauch 1,40 Mark; Kalbfleisch: Kotelettes 1,80, Keule 1,60, Vorderfleisch 1,20 Mark; Hammelfleisch: Rippen 1,50, Keule 1,40, Vorderfleisch 1,20 Mark; geräucherter Speck (ausgewogen) 2,00 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10 bis 20 Pf. billiger. — Gänse waren nur spärlich vertreten und wurde das Pfund mit 52—58 Pf. bezahlt.

* Verhaftet wurden hier der Arbeiter Karl Kometzky wegen Widerstandes und Beleidigung sowie die von der Staatsanwaltschaft zu Greifswald wegen schweren Diebstahls steckbrieflich verfolgte Arbeiterin Anna Komete.

* Heftigen Unwillen erregte heute Mittag das rücksichtslose Gebahren eines Fuhrwerksbesitzers, der mit einem einspännigen Rollwagen das Bollwerk, die Königs- und Schulzenstraße unsicher machte. Bereits am Bollwerk wurde von dem Gefährt eine Frau umgerissen, doch statt sich dies als Warnung dienen zu lassen, kutschirte der Führer des Wagens in scharfem Trabe weiter, was einen zweiten Unfall an der Ecke der Königs- und Schulzenstraße zur Folge hatte. Dort wurde ebenfalls eine Frau überfahren. In der Breitenstraße wurde der Wagen angehalten und die Persönlichkeit des Führers festgestellt, es war der in der Bogislavstraße wohnhafte Handelsmann Heller. Die beiden Frauen sind zum Glück nur leicht verletzt.

Kunst und Wissenschaft.

Petersburg, 10. Januar. Die Akademie der Wissenschaften wählte zu Ehrenmitgliedern den König von Schweden und Norwegen und die Königin von Rumänien. Zum korrespondirenden Mitglied wurde das Mitglied der Münchener Akademie Friedrich Hirth gewählt.

Vermischte Nachrichten.

Kiel, 10. Januar. Der Hofbesitzer Butschlag in Strübbel, unweit der Eidermündung, wurde gestern in seiner Wohnung ermordet. Unmittelbar nachher erhängte sich dessen Schwager, Landmann Janßen.

Lübeck, 11. Januar. Bei dem hier garnisonirenden 162. Infanterie-Regiment kamen mehrere Scharlacherkrankungen vor. Ein Lazarethgehülfe ist bereits verstorben.

Prag, 10. Januar. Der gewesene Besitzer der Herrschaft Neustupov, frühere Kavallerieoffizier Karl Kraus, der Schwiegervater eines Rittergutsbesitzers in Pommern, der nach Vergeudung von 300 000 fl. zum Paletotmarder in Cafés herabsank, ertappt und zu acht Tagen Arrest verurtheilt wurde, hat sich heute nach Verbüßung der Strafe im Hotel vergiftet, nachdem er die ihm vom Schwiegersohn zugesandten überreichen Geldmittel zurückgewiesen. — Die städtische Hetzinsel ist den Sozialdemokraten zu Meetings wieder freigegeben; daraufhin wurde heute der über die Restaurants, die Bier aus dem Prager Bürgerlichen Brauhaus schenken, verhängte Boykott aufgehoben.

Rom, 10. Januar. Nachgrabungen auf dem Forum führten heute zur Auffindung der „Begräbnißstätte des Romulus", welche bis zum Ende des römischen Kaiserreichs große Verehrung genoß. Dieselbe galt als das älteste Denkmal aus dem alten Rom.

Stockholm, 9. Januar. In geradezu idealen Verhältnissen leben die Bewohner des großen Kirchspiels Orsa in der Landschaft Dalekarlien, das mit Recht als das reichste Kirchspiel Schwedens bezeichnet werden kann. Das Kirchspiel besitzt große Wälder, die jährlich, obgleich im letzten Jahrzehnt für etwa 10 000 000 Mark Wald verkauft wurden, noch immer über 300 000 Mark Zinsen einbringen. Aus den Waldeinnahmen wird alles bezahlt. Die Einwohner des Kirchspiels sind gänzlich abgabenfrei. Staatssteuern, Kommunalsteuern, alle Kosten für Kirche, Schule, Wege, Gebäude u. s. w. werden aus dem Waldfonds bezahlt. Nach jedem Dorfe des umfangreichen Kirchspiels wurde ein Fernsprecher angelegt, natürlich gleichfalls kostenlos. Schulhäuser und Lehrer befinden sich schon in solcher Zahl im Kirchspiel, daß der Staat sich weigert, den auf ihn fallenden Beitrag zu zahlen. Zur Aufhülfe der Landwirthschaft werden auf allgemeine Kosten große Entwässerungen 2c. ausgeführt. Das großartigste sind indessen die auf Kosten des Kirchspiels errichteten Meiereien, die auch vom Kirchspiel betrieben werden und die sämtliche Milch der Bauern übernehmen und einen Mindestpreis von 12 Pf. das Liter bezahlen. Verluste werden durch den „Waldfonds" gedeckt. Außerdem werden zeitweise baare Geldsummen ausgezahlt, z. B. bei Futtermangel und dergl. Solche Verhältnisse wird man weit und breit vergeblich suchen.

— Zu einer landwirthschaftlichen Ausstellung in einer schwedischen Provinzialstadt hatten die beiden Töchter des Pastors Hansen einen riesigen Marzipankuchen eingesandt, in der Hoffnung, eine Prämie zu erhalten und damit ihrem alten Vater eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Eines Tages, als die Familie bei Tische saß, kam denn auch ein großes versiegeltes Schreiben, welches also lautete: „Das Preisrichterkollegium der 7. Gruppe, welche Stallgebäude und das zugehörige Baumaterial umfaßt, hat den Fräulein Minny und Betty Hansen eine goldene Medaille zuerkannt für die von ihnen ausgestellte Probe zum Bodenbelag von Stallungen und Meiereien. Obgleich die Zusammensetzung der vorzüglichen Masse nicht — wie es die Statuten erfordern — genau angegeben ist, konnte das Richterkollegium nicht unterlassen, dieses vorzügliche Erzeugniß zu prämiiren. Selbst neubeschlagene Pferde werden nicht im Stande sein, einen mit Fliesen aus dem eingesandten Material belegten Stallboden zu beschädigen."

Schiffsnachrichten.

Hamburg, 10. Januar. [Neueste Nachrichten über die Bewegungen der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie.]

„Andalusia", von Ost-Asien, 9. Januar in Hamburg. „Arcadia", von Hamburg nach Baltimore, 7. Jan. Dover passirt. „Armenia", auf der Heimreise, 6. Januar in Saigon. „Asturia", auf der Heimreise, 8. Januar von Kobe. „Auguste Viktoria", von Genua nach Newyork, 7. Januar von Gibraltar. „Brasilia", von Baltimore nach Hamburg, 6. Januar Kuxhafen passirt. „Croatia", 9. Januar von St. Thomas via Havre nach Hamburg. „Flandria", von Hamburg nach West-Indien, 7. Januar in Bremerhafen. „Helene Rickmers", von Newyork nach Stettin, 9. Januar in Swinemünde. „Helvetia", von St. Thomas nach Hamburg, 8. Jan. von Havre. „Hercynia", von Hamburg nach Colon, 7. Januar in Kingston. „Hungaria", 7. Januar von St. Thomas via Havre nach Hamburg. „Knight of St. Georg", 6. Januar in Baltimore. „Moravia", von Newyork nach Hamburg, 6. Januar Kuxhafen passirt. „Patria", 7. Januar von Newyork nach Hamburg. „Pennsylvania", von Hamburg nach Newyork, 9. Januar Kuxhafen passirt. „Sarnia", auf der Ausreise, 6. Januar in Singapore. „Strathgarry", von Baltimore nach Hamburg, 6. Januar Kuxhafen passirt. „Suevia", von Hamburg nach Ost-Asien, 8. Januar Gribraltar passirt. „Syria", von Hamburg nach West-Indien, 6. Januar von Havre. „Valencia" von St. Thomas nach Hamburg, 8. Januar in Havre. „Venetia", von St. Thomas, 8. Januar in Hamburg.

Ruhrort, 10. Januar. Auf einem im Hafen liegenden holländischen Getreideschiffe wurden am Sonnabend bei einer weiblichen Person die schwarzen Pocken festgestellt; das Schiff wurde sofort vom Hafen in die Ruhrmündung geschleppt und unter Quarantäne gestellt.

Newyork, 11. Januar. Seit drei Tagen wird der Amerika-Dampfer „St. Paul" mit mehreren Hundert Passagieren vermißt.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. Januar. Wetter: Klar. Temperatur + 3 Grad Reaumur. Barometer 759 Millimeter. Wind: SW.

Spiritus per 100 Liter à 100 % loko 70er 38,70 bez.

Landmarkt.

Weizen 156,00 bis 160,00. Roggen 144,00 bis 146,00. Gerste 138,00 bis 144,00. Hafer 132,00 bis 136,00. Heu 2,50 bis 3,00. Stroh 25 bis 30. Kartoffeln 36 bis 42 per 24 Zentner.

Berlin, 11. Januar. In Getreide 2c. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loko 70er amtlich 39,50, loko 50er amtlich 58,90.

London, 11. Januar. Wetter: Kälter.

Berlin, 11. Januar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	101,50
do. do. 3½%	101,60
do. do. 3%	93,90
Dtsch.Reichsanl.3%	93,60
Pom.Pfandb.3½%	99,50
do. do. 3%	90,00
do.Neul.Pfd.3½%	99,75
3% neuländ. Pfdbr.	90,00
Centrallandschaft-Pfandbr.3½%	100,00
do. 3%	90,50
Italienische Rente	93,40
do. 3%Eisb.-Obl.	59,25
Ungar. Goldrente	100,40
Rumän. 1881er am. Rente	100,75
Serb.4% 95erRente	60,80
Griech. 5% Goldr. von 1890	41,25
Rum. am. Rente 4%	92,75
Mexikan. 6% Goldr.	99,30
Oesterr. Banknoten	169,30
Russ. Bankn. Cassa	216,45
do. do. Ultimo	—,—
Gr. Russ. Zollcoup.	324,20
Franz. Banknoten	81,15
National-Hyp.-Cred.-Ges. (100) 4½%	—,—
do. (100) 4%	93,50
do. (100) 4%	—,—
do. unkb. b.1905 (100) 3½%	83,50
Pr.Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Em.	100,00
Stett. Vulc.-Aktien Lit. B.	218,25
Stett. Vulc.-Prior.	218,50
Stett. Straßenbahn	173,50
Petersburg kurz	216,00
Warschau kurz	—,—

London kurz	—,—
London lang	—,—
Amsterdam kurz	—,—
Paris kurz	—,—
Belgien kurz	—,—
Berl.Dampfmühlen	126,50
Neue Dampf.-Comp. (Stettin)	108,60
Chamotte-Fabr. A.-G. vorm. Didier	418,50
„Union", Fabr. chem. Produkte	142,10
VarzinerPapierfabr.	190,50
Stöwer, Nähmasch.u. Fahrrad-Werke	158,00
4%Hamb.Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,00
3½%Hamb.Hyp.-B. unk. b. 1905	99,00
Stett.Stdtanl.3½%	—,—
Ultimo-Kourse:	
Disc.-Commandit	197,25
Berl. Handels-Ges.	167,30
Oesterr. Credit	225,25
Dynamite Trust	178,60
BochumerGußstahlf.	230,90
Laurahütte	216,10
Harpener	177,90
Hibernia, Bergw.-Gesellschaft	187,60
Dortm.Union Lit. C.	102,75
Ostpreuß. Südbahn	96,20
Marienburg-Mlawka-bahn	83,00
Norddeutscher Lloyd	114,90
Lombarden	27,40
Franzosen	154,00
Luxemburg. Prince-Henribahn	104,50

Tendenz: Still.

Paris, 10. Januar, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Behauptet.

	10.	9.
3% Franz. Rente	101,42	101,27
5% Ital. Rente	92,40	92,02
Portugiesen	23,20	23,10
Portugiesische Tabaksoblig.	—,—	481,00
4% Rumänier	93,05	—,—
4% Russen de 1889	101,00	101,00
4% Russen de 1894	—,—	—,—
3½% Russ. Anl.	—,—	—,—
3% Russen (neue)	94,55	94,10
4% Serben	61,85	62,00
4% Spanier äußere Anleihe	46,60	46,40
Convert. Türken	22,67½	22,65
Türkische Loose	110,00	109,20
4% türk. Pr.-Obligationen	482,00	482,00
Tabacs Ottom.	262,00	262,00
4% ungar. Goldrente	100,75	100,65
Meridional-Aktien	676,00	672,00
Oesterreichische Staatsbahn	767,00	767,00
Lombarden	—,—	—,—
B. de France	3800	3850
B. de Paris	926,00	921,00
Banque ottomane	546,00	546,00
Credit Lyonnais	855,00	853,00
Debeers	676,00	673,00
Langl. Estrat.	98,00	—,—
Rio Tinto-Aktien	825,00	817,00
Robinson-Aktien	229,00	227,00
Suezkanal-Aktien	3460	3460
Wechsel auf Amsterdam kurz	205,87	206,06
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122,75	121³⁄₁₆
do. auf Italien	7,37	7,37
do. auf London kurz	25,15½	25,14½
Cheque auf London	25,18	25,17
do. auf Madrid kurz	379,00	363,00
do. auf Wien kurz	206,75	207,87
Huanchaca	50,50	51,00
Privatdiskont	—,—	—,—

Köln, 10. Januar. Rüböl loko 53,50, per Januar 50,80. — Wetter: Trübe.

Hamburg, 10. Januar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 31,75 G., per Mai 32,25 G., per September 33,00 G., per Dezember 33,50 G.

Hamburg, 10. Januar, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88 pCt. Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Januar 9,40, per März 9,50, per Mai 9,57½, per August 9,75, per Oktober 9,37½, per Dezember 9,35. Ruhig.

Bremen, 10. Januar. (Börsen-Schlußber.) Raffinirtes Petroleum. [Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.] Loko 7,05 B. Schmalz fest. Wilcox 29½ Pf., Armour shield 29½ Pf., Cudahy 30½ Pf., Choice-Grocery 30½ Pf., White label 30½ Pf. — Speck fest. Short clear middl. loko 27½ Pf. — Reis sehr fest. — Kaffee ruhig. — Baumwolle anziehend. Upland middl. loko 29½ Pf.

Pest, 10. Januar, Vormittags 11 Uhr. Produktemarkt. Weizen loko schwach, per März 9,45 G., 9,46 B., per April 9,32 G., 9,33 B. Roggen per März 8,03 G., 8,05 B. Hafer per März 5,75 G., 5,77 B. Mais per Mai 4,86 G., 4,87 B. Kohlraps per August 12,25 G., 12,35 B. — Wetter: Kalt.

Amsterdam, 10. Januar. Java-Kaffee good ordinary 32,50.

Amsterdam, 10. Januar. Bancazinn 57,50.

Amsterdam, 10. Januar, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine beh., per März 184,00, per Mai 185,00. Roggen loko —,—, do. auf Termine ruhig, per März 148,00, per Mai 141,00. Rüböl loko —,—, per Mai 23,62.

Antwerpen, 10. Januar. Getreidemarkt. Weizen steigend. Roggen behauptet. Hafer behauptet. Gerste ruhig.

Antwerpen, 10. Januar, Nachm. 2 Uhr. Petroleum. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 19,62 bez. u. B., per Januar 19,62 B., per Februar 19,62 B., per März 19,75 B. Fest.

Schmalz per Januar 68,75.

Paris, 10. Januar. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 pCt. loko 28,00 bis 28,50. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 28,87, per Februar 29,00, per März-Juni 29,62, per Mai-August 30,12.

Paris, 10. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per Januar 21,60, per Februar 21,75, per März-April 21,90, per März-Juni 22,00. Roggen ruhig, per Januar 14,40, per März-Juni 14,50. Mehl fest, per Januar 45,75, per Februar 45,95, per März-April 46,30, per März-Juni 46,50. Rüböl matt, per Januar 49,25, per Februar 49,50, per März-April 49,75, per Mai-August 50,25. Spiritus fest, per Januar 44,50, per Februar 44,75, per März-April 44,50, per Mai-August 44,50. — Wetter: Bewölkt.

Havre, 10. Januar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Januar 37,75, per März 38,25, per Mai 38,75. Ruhig.

London, 10. Januar. 96% Javazucker loko 11,50 ruhig, Rüben-Rohzucker loko 9 Sh. 4¾ d. ruhig.

London, 10. Januar. Chili-Kupfer 60⁵⁄₁₆, per drei Monate 60¹¹⁄₁₆.

London, 10. Januar. Kupfer Chilibars good ordinary brands 60 Lstr. 7 Sh. 6 d. Zinn (Straits) 96 Lstr. 12 Sh. 6 d. Zink 24 Lstr. 12 Sh. 6 d. Blei 13 Lstr. 12 Sh. 6 d. Roheisen Mixed numbres warrants 50 Sh. 6 d.

Liverpool, 10. Januar. Getreidemarkt. Weizen und Mehl ½ d. niedriger, Mais ruhig.

Hull, 10. Januar. Getreidemarkt. Weizen träge.

Glasgow, 10. Januar. (Schluß.) Roheisen. Mixed numbers warrants 50 Sh. 8 d. Warrants Middlesborough III. 45 Sh. 4 d.

Glasgow, 10. Januar. Die Verschiffungen von Roheisen betrugen in der vorigen Woche 5355 Tons gegen 4398 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Petersburg, 10. Januar. Weizen loko 11,00, Roggen loko 8,00, Hafer loko 5,00 bis 5,20, Leinsaat loko 13,75 bis —,—, Hanf loko —,—, Talg loko —,—, per August —,—. — Wetter: Schnee.

Newyork, 10. Januar. Bestand an Weizen 27 358 000 Bsh., Mais 20 935 000 Bsh.

Newyork, 10. Januar. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 267 000, do. nach Frankreich 3000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 262 000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 50 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents — Qrts.

Newyork, 10. Januar. (Anfangskourse.) Weizen per Mai 75,12. Mais per Mai 41,12.

Newyork, 10. Januar, Abends 6 Uhr.

	10.	9.
Baumwolle in Newyork	6¹⁄₁₆	6,00
do. Lieferung per Februar	—,—	5,68
do. Lieferung per April	—,—	5,75
do. in Neworleans	5⁵⁄₁₆	5³⁄₁₆
Petroleum, raff. (in Cases)	8,25	—,—
Standard white in Newyork	7,50	—,—
do. in Philadelphia	7,45	—,—
Credit Calances at Oil City	119,00	—,—
Schmalz Western steam	5,77½	5,75
do. Rohe und Brothers	5,90	—,—
Zucker Fair refining Moscovados	3¹³⁄₁₆	—,—
Weizen kaum stetig.		
Rother Winterweizen loko	80,12	80,62
per Januar	—,—	—,—
per März	78,12	78,62
per Mai	74,87	75,37
per Juli	—,—	—,—
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,62	—,—
per Februar	5,55	5,55
per April	5,75	5,75
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,90	2,90
Mais kaum stetig,		
per Januar	—,—	—,—
per März	—,—	—,—
per Mai	41,75	42,00
Kupfer	13,75	—,—
Zinn	21,50	—,—
Getreidefracht nach Liverpool	2,50	—,—

Chicago, 10. Januar.

	10.	9.
Weizen kaum stetig, Januar	—,—	—,—
per Mai	70,50	70,87
Mais kaum stetig, per Januar	34,75	35,12
Pork per Januar	9,70	9,67½
Speck short clear	5,00	5,00

Wasserstand.

* **Stettin,** 11. Januar. Im Revier 5,80 Meter = 18′ 6′.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 11. Januar. Bei dem Generaladjutanten des Kaisers, General der Infanterie von Hahnke, findet morgen ein größeres Diner statt, zu welchem auch der Kaiser sein Erscheinen zugesagt hat.

München, 11. Januar. Offiziöser Mittheilung zufolge ist die Nachricht eines Berliner Blattes, daß Baiern die Errichtung eines Gerichtshofes für die Fürsten als geordnete Instanz für die Erledigung von Thronstreitigkeiten angeregt habe, völlig unbegründet.

Brüssel, 11. Januar. Viel besprochen wird hier die Rede des Bürgermeisters Buls in einer gestrigen Konferenz über den Kongostaat. Buls tadelt darin in scharfen Worten die engherzige, wirthschaftliche Politik Frankreichs den übrigen Staaten gegenüber, die darin bestehe, den Nachbarländern die Thüre für ihre Produkte zu schließen.

Paris, 11. Januar. Die Cayenner Depesche mit den Aussagen Dreyfus' rief hier überall den erwarteten Eindruck hervor. Den Freunden von Dreyfus bringt sie keinerlei Ueberraschung; von den Nationalisten werden seine Aeußerungen als Scheinmanöver, eingedrillte Lektionen und geheime Verabredungen hingestellt. — Nach der Zeugenvernehmung, die noch zehn Tage dauern dürfte, wird Mazeau die Leitung der Revisionsverhandlung übernehmen.

Paris, 11. Januar. Wie aus sehr zuverlässiger Quelle verlautet, finden augenblicklich zwischen den Kabinetten von Washington und Paris Verhandlungen statt, deren Endziel gegen England gerichtet ist. Die Washingtoner Staatsmänner sind ebenfalls der Ansicht, daß es unzulässig sei für die Vereinigten Staaten sowohl als auch für Europa, daß England dauernd Fuß in Egypten fasse.

Marseille, 11. Januar. Die gestrigen Versuche mit dem unterseeischen Boote „Gustave Zede" sind wiederum glänzend verlaufen. Das Boot machte bei stürmischer See die Fahrt von Marseille nach Toulon ohne Zwischenfall und zwar in sehr befriedigender Weise. Der Marineminister Lockroy begab sich an Bord des Bootes und beglückwünschte den Kapitän und die Bemannung.

Newyork, 11. Januar. Der „Newyork Herald" meldet, daß Mataafa zum König von Samoa gewählt worden sei.